Sitzungsvorlage		Wahlperiode / Vorlagen-Nr.:
		2014-2020 SV 0385
		Datum:
		16.11.2015
		Status:
		öffentlich
Beratungsfolge:	Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung Haupt- und Finanzausschuss Rat der Stadt Übach-Palenberg	
Federführende Stelle:	Fachbereich 5 Stadtentwicklung	

**Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW
hier: Änderungen am Entwurf des LEP**

Beschlussempfehlung:

Gegen den geänderten Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) vom 22.09.2015 werden auch weiterhin Bedenken aufrechterhalten. Die Stadt Übach-Palenberg schließt sich der Bewertung des Städte- und Gemeindebunds zum LEP vom 30.10.2015 inhaltlich an.

Begründung:

Die Landesregierung hat in ihren Sitzungen am 28.04.2015, am 23.06.2015 und am 22.09.2015 den Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) vom 25.06.2013 beraten und nach Auswertung der im Beteiligungsverfahren abgegebenen 1.400 Stellungnahmen Änderungen am Entwurf beschlossen.

Die Stadt Übach-Palenberg hatte ebenfalls nach einem entsprechenden Beschluss des Rates am 06.02.2014 eine Stellungnahme zu dem damals vorgelegten Entwurf abgegeben.

An dieser Stelle wird auf die Themenkomplexe im geänderten LEP-Entwurf eingegangen, zu denen die Stadt Übach-Palenberg explizite Kritik vorgenommen hatte.

Die bisher vorgesehenen Festlegungen zur Siedlungsentwicklung „6.1-1 Ziel Ausrichtung der Siedlungsentwicklung“, „6.1-2 Ziel Rücknahme von Siedlungsflächenreserven“, „6.1-10 Ziel Flächentausch“ und „6.1-11 Ziel Flächensparende Siedlungsentwicklung“ werden in einem neuen „Ziel 6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung“ zusammengefasst. Hierdurch sollen Doppelungen vermieden und die Vorgehensweise für eine flächensparende und bedarfsgerechte Neuausweisung von Siedlungsraum verständlicher dargestellt werden. Grundsätzlich trägt die Zusammenfassung mehrerer Ziele zu einem Ziel zu einer Vereinfachung der Systematik bei.

Das bisherige Ziel 6.1-2 „Rücknahme von Siedlungsflächenreserven“ bleibt jedoch inhaltlich erhalten. Die Beurteilung, ob ein Bedarf besteht und zu welchem Zeitpunkt eine Bauleitplanung zeitlich begonnen wird, sollte aber auch zukünftig auf kommunaler Ebene gefasst werden. Zur Wahrung der kommunalen Planungshoheit ist das Ziel „Bisher in Regional- oder Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, sind

Dezernent/Leiter der federführenden Stelle	Dezernent/Leiter der mitwirkenden Stelle	Kenntnisnahme des Kämmerers	Mitzeichnung sonstiger Stellen	Bürgermeister

wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind.“ zu streichen.

Das bisherige Ziel 6.1-6 „Vorrang der Innenentwicklung: Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung haben Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich. Die gezielte Erhaltung und Neuschaffung von Freiflächen im Innenbereich aus städtebaulichen Gründen ist hiervon unbenommen.“, ist in einen Grundsatz umgewandelt worden. Dadurch hat die Kommune die Möglichkeit, sich im Rahmen einer Abwägungs- bzw. Ermessensentscheidung darüber hinwegzusetzen. Ein Ziel der Raumordnung wäre ohne die Möglichkeit einer Abwägungs- bzw. Ermessensentscheidung zu beachten gewesen. Gerade im Hinblick auf einen sich stetig wandelnden Grundstücksmarkt mit steigenden Grundstückspreisen und geringerem Angebot muss die Kommune die Möglichkeit haben, flexibel Entscheidungen nach entsprechender Abwägung zu treffen.

Der Grundsatz 6.1-8 Wiedernutzung von Brachflächen sieht vor, dass durch Flächenrecycling Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt werden sollen. Auf die Vorgabe in Abs. 2, dass eine Neudarstellung von Siedlungsflächen auf Freiflächen nur erfolgen soll, wenn auf der Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings nachgewiesen wird, dass keine geeigneten Brachflächen zur Verfügung stehen, wird verzichtet. Zwar ist die Wiedernutzbarmachung von Brachflächen vor dem Hintergrund einer verminderten Inanspruchnahme von Freiflächen grundsätzlich zu begrüßen, jedoch darf eine städtebauliche Entwicklung davon nicht abhängig gemacht werden. Daher ist die Änderung des Entwurfes des LEP positiv aus Sicht der Kommune zu beurteilen.

Mit den Änderungen des 6.2-1 und des 6.2-4 korrespondiert die Streichung des Grundsatzes „6.2-3 Eigenentwicklung untergeordneter Ortsteile“. Dies ist ebenfalls zu begrüßen. Die ursprüngliche Fassung des Entwurfs hätte dazu geführt, dass in kleineren, dem regionalplanerischen Freiraum zugeordneten Ortsteilen mit weniger als 2.000 Einwohnern eine Entwicklung kaum noch möglich wäre. Korrespondierend zu dieser Streichung wird in Ziel „2-3 Siedlungsraum und Freiraum“ eine Ergänzung aufgenommen, die die Siedlungsentwicklung von diesen Ortsteilen unter Berücksichtigung des Bedarfs der dort ansässigen Bevölkerung und der vorhandenen Betriebe ausrichtet. Gerade für die kleineren Ortsteile von Übach-Palenberg wie z.B. Scherpenseel, Windhausen, auf die die o.g. Rahmenbedingungen zutreffen, ist die neue Regelung wichtig. Hier sind auch andere Aspekte bei der Ausweisung von Neubauflächen erforderlich als die bloße Einwohnerzahl. Hier ist z.B. die Nähe zum Haltepunkt des SPNV zu nennen, die zukünftig stärker berücksichtigt werden sollte.

Insgesamt hat die Landesregierung mit dem vorliegenden überarbeiteten LEP-Entwurf die Belange der Kommunen stärker berücksichtigt und ist auf viele Anregungen gerade durch die „Herabstufung“ von Zielen zu Grundsätzen eingegangen. Trotzdem muss der vorliegende Entwurf weiterhin kritisiert werden, da die Kommunen in ihrer verfassungsmäßig garantierten Planungshoheit weiter eingeschränkt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund von engen finanziellen Spielräumen der Kommunen kommt es durch solch strenge Vorgaben der Landesplanung zu einem weiteren Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit. Der überarbeitete Entwurf ist daher weiterhin abzulehnen und die ursprünglich vorgetragenen Stellungnahmen von Städten und Gemeinden sind inhaltlich in den LEP-Entwurf zu übernehmen.

Die Stadt Übach-Palenberg sollte sich im starken Verbund mit den anderen Städten und Gemeinden entsprechendes Gehör bei der Landesregierung für ihre Belange verschaffen und sich der Stellungnahmen des Städte- und Gemeindebunds NRW vom 30.10.2015 anschließen.

Beigefügte Anlagen zu dieser Sitzungsvorlage:

Bewertung des Entwurfs des Landesentwicklungsplans NRW (LEP) des Städte- und Gemeindebunds NRW vom 30.10.2015